

Die Rolle der Schriftsteller
im Wahlkampf 2005

Dichter auf den „Zinnen der Partei“?

Ursula Kloyer-Heß

Juni 2005. Ein Hauch von Nostalgie durchweht die deutsche Literaturlandschaft, als Günter Grass gemeinsam mit Klaus Staeck und anderen wahlkampferfahrenen Kulturschaffenden einen Brief an Schriftstellerkollegen und -kolleginnen schickt und um Unterstützung für die rot-grüne Politik im Wahlkampf wirbt. Manch einer fühlt sich erinnert an die alten Zeiten der Ära der sechziger und frühen siebziger Jahre, als linke Intellektuelle sich vereinten, um ihr schriftstellerisches Schaffen in die Dienste von Willy Brandts SPD zu stellen. So hatten sich erstmals 1965 führende Intellektuelle, allen voran Günter Grass, in einem „Wahlkontor“ zusammengetan, um die Kandidatur des späteren langjährigen Vorsitzenden zu unterstützen. Grass, seit seinem entscheidenden Durchbruch als Romanautor im Jahre 1959 nicht nur literarisch rühriger „Blechtrommler“, fühlte sich seiner Rolle als linksliberaler Mahner an vorderster Front der SPD und engagierter Demokrat in der Tradition bürgerlicher Aufklärung auch in den Wahlkämpfen 1969 und 1972 verpflichtet. Als Redenschreiber Brandts und agiler Wahlkämpfer mit phasenweise bis zu einhundert Auftritten avancierte er zu einer Art sozialdemokratisch-literarischem Urgestein, wenngleich er „seiner“ Partei erst unmittelbar vor dem Regierungswechsel 1982 bei- und bereits 1993 wieder austrat – aus Protest gegen den zwischen der CDU und der SPD geschlossenen „Asylkompromiss“. Es konnte also nicht verwundern, dass Grass auch bei der letzten

Bundestagswahl das literarische Epizentrum bildete – das erhoffte Beben blieb jedoch aus.

Bereits Anfang Juni hatte er einige Literaten um sich versammelt, um die Möglichkeiten einer Unterstützung für die SPD zu sondieren. Als der *Spiegel* am 20. Juni 2005 meldete, neben Grass hätten sich unter anderen Martin Walser, Peter Rühmkorf, Christa Wolf und Klaus Staeck zu einem Schulterschluss von Regierungspartei und Linksintellektuellen zusammengeschlossen, dementierten die genannten Personen umgehend und erklärten, von einer Wahlhilfe nichts zu wissen. Auch das Kanzleramt war zu diesem Zeitpunkt noch darum bemüht, jeglichen Anschein eines geplanten taktischen Bündnisses zwischen Linksintelligenz und Politik zu vermeiden. Zwei Tage aber nachdem Gerhard Schröder am 1. Juli 2005 die Vertrauensfrage im Bundestag verloren hatte, gelang es Grass, der eine Solidaritätsadresse im Internet platzierte, nach anfänglichen Schwierigkeiten eine Gruppe von Literaten um sich zu scharen, die ihm ihre Unterstützung zusagten. Zu den Unterzeichnern, die am 11. August mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit gingen, gehörten unter anderen Peter Rühmkorf, Erich Loest, Johano Strasser, Tilman Spengler und Joseph von Westfalen. Aus der jüngeren Generation beteiligten sich Eva Menasse und Michael Kumpfmüller, Juli Zeh, Feridun Zaimoglu und Benjamin Lebert an der Aktion, schließlich wolle man „die öffentliche Meinungsbildung verstärkt mitbestim-

men – und damit den so beängstigend vielen Schweigenden wieder Stimme geben“. Doch nicht einmal der selbstgewisse Tonfall, mit dem suggeriert wurde, dass „die Runde“ der Unterzeichner „sich täglich erweitert“, konnte darüber hinwegtäuschen, dass sich der Aktion nur ein Bruchteil derer anschloss, auf die man im Stillen bereits fest gesetzt hatte.

Die Rhetorik der Fürsprache wurde im Kollegenkreis, der in diesem Zusammenhang mit kaum zu übersehendem pädagogischen Zeigefinger darüber aufgeklärt wurde, dass auch derjenige, der sein politisches Fähnlein nicht schwinge, nicht zwangsläufig unpolitisch sei, als Bevormundung verstanden, der man sich nicht unterordnen wollte. Und auch die Feuilletons konstatierten mit nüchterner Präzision, dass „außer Grass und Rühmkorf kein Schriftsteller aus der ersten Reihe“ vertreten sei: kein Andreas Maier, Durs Grünbein, Norbert Gstrein, keine Kathrin Röggla und kein Thomas Meinecke“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 12. August 2005).

Geballte Kultur am Kabinettstisch

Doch auch in den Reihen der CDU tat man sich angesichts des nach wie vor bestehenden traditionellen Klischees von linksintellektueller Progressivität versus konservativ-skeptischer Reserviertheit naturgemäß schwer, namhafte Schriftsteller für die eigene Sache zu gewinnen. So konnte man sich gegenüber einer vom Intellektuellenimage der 68er-Generation zehrenden Regierung mit einem Kanzler, der sich gern mit Zigarre, Rotwein und führenden Literaten teils in privatem Ambiente, teils im Kanzleramt effektvoll in Szene setzte, nur schwer als Freund der kulturellen Avantgarde profilieren. Gegen eine derartige Demonstration geballter Kultur am Kabinettstisch, wie sie auch unter prominenter Beteiligung zum Beispiel am 25. Februar im Kanzleramt erfolgte, als Durs Grünbein und Marcel

Reich-Ranicki unter der Moderationsleitung von Kulturstaatsministerin Christina Weiss zur Frage „Europa und die Literatur – gibt es überhaupt eine andere als die europäische?“ plauderten, war nur schwer anzukommen. Immerhin bekannte die Schriftstellerin Monika Maron in einem Interview am 5. Juni in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* offen ihre Präferenzen für die Kanzlerkandidatin: „Diesmal kann man immerhin zwischen einer Frau und einem Mann wählen.“ Vielleicht gelinge es Merkel ja, „die deutschen Wähler wieder in den Stand von Erwachsenen zu erheben“. Eher zur Opposition neigende Autoren wie Freya Klier und Lutz Rathenow gaben jedoch keine Wahlempfehlung ab.

Nachdem die Solidaritätsaktion zu Gunsten der SPD nicht den gewünschten Effekterziel hatte, schrieb Anfang August das Jungautorenpaar Michael Kumpfmüller und Eva Menasse eine im Ton deutlich autoritärer gehaltene Rundmail an die Schriftstellerkollegen, die mit dem bezeichnenden Titel „Unterschreiben!.doc“ versehen war: „Die Anzahl derer, die zu unterschreiben und also an einer öffentlichen Debatte teilzunehmen bereit sind, ist, vor allem unter den jüngeren Kollegen, so verschwindend, dass es beinahe eine Schande ist.“ Und weiter: „Kollegen, das ist blamabel!“

„Abkanzelung“ und Vereinnahmung

Der im kulturpessimistischen Pathos gehaltene Rundbrief gipfelte in der Beschwörung eines Untergangsszenarios, das einem Abgesang auf die literarische Intelligenz gleichkam: „Nach Thomas Mann, Heinrich Böll und Günter Grass kommt die deutsche Tradition des politisch engagierten Schriftstellers an ihr Ende.“ Damit war eine neue Diskussionsebene erreicht, die dazu geeignet war, eine Grundsatzdebatte in der Literaturszene über das Selbstverständnis der

schreibenden Intellektuellen und ihr Verhältnis zur Politik anzustoßen.

„J'accuse!“, so hatte Emile Zola in der Dreyfus-Affäre seinen am 13. Januar 1898 in *L'Aurore* veröffentlichten Brief an den Staatspräsidenten überschrieben und damit, wie mit dem tags darauf erschienenen *Manifeste des Intellectuels*, die seither charakteristische Verbindung von politisch-kritischer Intelligenz im Schriftsteller als Prototyp des Intellektuellen etabliert. Dieses Bild des politisch engagierten Literaten erklärten die Verfasser der Rundmail – freilich in seiner spezifisch (west-)deutschen Ausprägung – durch die zögerliche Unterstützung durch ihre Schriftstellerkollegen nun in seinem Bestand für gefährdet. Sollte die angenommene Nachkriegs-Traditionslinie, die von der „Jungen Generation“ und den Autoren der „Gruppe 47“, dem Engagement der Schriftsteller gegen die Wiederaufbrüstung, die US-Politik in Vietnam und gegen die Notstandsgesetze bis zu den Schriftstellern als Aktivisten der Friedens- und Ökobewegung führte, tatsächlich an ihr Ende gelangt sein? Gegen solch eine „Simulation von Gefahr im Verzug und höchster Dringlichkeit“ (Daniel Kehlmann) verwahrten sich jedoch einige der beschimpften Kollegen. Das anschlagende Pathos zeitigte kaum den gewünschten Effekt, sondern führte vielmehr dazu, dass sich einige Autoren öffentlich gegen diesen als Gängeli und „Abkanzelung“ (Eva Demski) empfundenen Versuch der Vereinnahmung zur Wehr setzten.

In einem weiteren, nun jedoch offenen und deutlich von der Enttäuschung über die ablehnende Haltung der meisten Kollegen geprägten Brief erklärte Eva Menasse schließlich, warum sie aktiv am Wahlkampf teilnehme (*Süddeutsche Zeitung* vom 27. August): „Die Aufgabe des Schriftstellers ist es, die Welt abzubilden. Auf seine individuelle Weise nimmt er die Welt wahr, in der er lebt, er beobach-

tet die Beziehungen der Menschen und die Kräfte, die auf sie wirken, dann verdaut er diese Eindrücke, gießt sie in Sprache und Geschichten um und gibt sie der Welt zurück. Und ausgerechnet der Schriftsteller soll zur Politik schweigen?“ Sie rügte die „verschämte und teilweise wohl auch opportunistische Zurückhaltung der Schriftsteller“, die „leider nur ein Symptom des ganzen traurigen Zustandes“ sei: „Deutschland ist so müde, dass es nur mehr jammern kann und sich fürchten. Keiner kann irgendetwas auffassen.“

Utopisches Moment und Realpolitik

Während Menasses Ausführungen ganz auf der Ebene eines Grundverständnisses von Dichtung und Politik argumentierten, hielt Tanja Dückers, die der mittleren Generation angehört, in ihrer vier Tage später in derselben Zeitung abgedruckten Antwort der jüngeren Kollegin vor, dass diese „keine eigene politische Vision aus sich oder ihrer Generation heraus entwickelt“ habe und unter „politischem Engagement“ verstehe, einer „alteingesessenen Partei, die biedere Realpolitik verkörpert, zu folgen“. Einer Aktion „Schriftsteller für Hartz IV“ könne sie nicht zustimmen. So sei es nicht Aufgabe der Schriftsteller, einen Status quo zu beschreiben, sondern man erwarte von ihnen, dass sie „den schlechten Ist-Zustand mit dem vergleichen, was möglich wäre“. Man erhoffe sich „ein Vorstellungsvermögen von einer anderen, besseren Zukunft – ein utopisches Moment, ein visionäres Buch“. „Gute Literatur verhält sich in diesem Sinne wie gute Musik: Sie transzendierte die Realität und vermittelte für einen Moment die Aussicht auf ein besseres Leben.“

Die Krimi-Autorin und Moderatorin einer Literatursendung Thea Dorn richtete an Eva Menasse in der Welt die Gegenfrage, woraus überhaupt ersichtlich sei, dass Rot-Grün die bessere Alter-

native gegenüber Schwarz-Gelb darstelle: „Muss ich sagen, Schröder soll Kanzler bleiben, wo sich nicht einmal mehr der Kanzler sicher ist, ob er Kanzler bleiben will?“ Möglicherweise seien diejenigen, die jetzt vor einem „geistig-moralischen Rückfall“ in die achtziger Jahre warnten, „in Wahrheit selbst hoffnungslos im Weltbild dieser achtziger Jahre stecken geblieben“.

In der Grundsatzdebatte, ob und in welcher Form sich Schriftsteller in die Politik einmischen sollten, wurden jedoch neben dem vorherrschenden Bild des engagierten linksintellektuellen Literaten auch weitere Rollenmuster erkennbar, die als typische Dichterkrisches im kollektiven Gedächtnis verankert sind. Zwischen dem Manifest der dichterischen Überparteilichkeit, wie es Ferdinand Freiligrath 1841 mit dem Diktum „Der Dichter steht auf einer höheren Warte als auf den Zinnen der Partei“ besungen hatte, und Goethes Verdikt „Ein garstig Lied! Pfui! ein politisch Lied / Ein leidig Lied!\“, das er der Figur des Brandner im Faust I in den Mund legte, bewegten sich die vernehmbaren Argumentationslinien. Insofern lässt sich nicht nur das negativierte Zerrbild des apolitischen Geistmenschen, der sich vermeintlich wichtigeren Dingen als der Tagespolitik zuzuwenden habe, wie es von Vertretern der Kampagne zu Gunsten der Regierung als rhetorisches Kampfargument gegen zögerliche Kollegen eingesetzt wurde, in seiner historischen Genese verorten, sondern ebenso Dükers’ Bekenntnis: „Unter politisch sein verstehe ich bei einem Intellektuellen: politisch unabhängig sein.“

Freiwillige „Verblödung“?

Wenn Monika Maron den Wahlkampf generell als „Dummheitsverschwörung“ und „Signal zur endgültigen freiwilligen Verblödung“ bezeichnete (Interview der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* vom 5. Juni), so wurde damit jedoch indi-

rekt auch die fragwürdige Vorstellung eines über den profanen Dingen des Alltags angesiedelten Poeten beschworen, wenngleich sich die Autorin als eine der Ersten in den Dienst aktiver Wahlwerbung stellte. Während Martin Walser in einem Interview (*Die Welt* vom 4. September) nachträglich seine Aktivitäten im Jahre 1961, als er die SPD unter Willy Brandt unterstützt hatte, mit dem Satz relativierte „Ich habe damals lediglich meine politische Sympathie bekundet“ und eine erneute Betätigung auf diesem Feld ausschloss („Ich will anderen Leuten nicht einreden, was sie wählen sollen“), forderte Klaus Staeck – wenig überraschend – ein entschieden vehementes Engagement des Dichters im Wahlkampf. Deutlich zögerlicher in dieser Frage gab sich hingegen Walter Jens. Seines Erachtens sei die moderne Welt in derart beständigen Umschwüngen begriffen, dass es sich gerade für Intellektuelle zieme, sich Zeit zum Nachdenken zu nehmen und sich ein bisschen zurückzuhalten. „Für den anstehenden Wahlkampf gilt dies selbstverständlich nicht.“

Einfluss und Gefühl der Wichtigkeit

Eine größere Relevanz als dem Selbstverständnis der Dichter kommt jedoch der Frage zu, welche Einflussmöglichkeiten sich den Literaten im Wahlkampf boten. Bezeichnenderweise diskutierten im Rahmen des 5. Internationalen Literaturfestivals Berlin am 10. September unter anderen Kenzaburo Oe und Robert Menasse unter dem Motto: „Farbe bekennen! Wer hört noch auf die Intellektuellen?“ Eine ähnliche Fragestellung diskutierten am Vorabend der Wahl die Philosophen Susan Neumann und Rüdiger Safranski im ZDF: „Neues Deutschland? Steht die Kultur zur Wahl?“ Peter Schneider, einer der Redenschreiber Gerhard Schröders, nahm an beiden Veranstaltungen teil.

So scheint auch ein Blick auf die vor der Wahl veröffentlichten Listen Prominen-

ter, die ihre Berühmtheit zu Gunsten einer Partei in die Waagschale warfen, die Bedeutung dieser Fragestellung ebenso zu bestätigen wie die mahnenden Worte von Martin Walser am 4. September in einem *Welt*-Interview („Intellektuelle haben nicht den Bruchteil des Einflusses, der dem Gefühl ihrer Wichtigkeit entspricht“) sowie von Walter Jens, der eine grundsätzliche Skepsis gegenüber den politischen Einflussmöglichkeiten von Literaten äußerte. Der Anteil der Intellektuellen und Schriftsteller, die sich öffentlich zu einer politischen Seite bekannten, war inmitten des eher willkürlich als vielseitig zusammengewürfelten Aufgebotes einer teilweise nur bedingt „kulturschaffenden“ Prominenz verschwindend gering. So spielten im gemischten Reigen mit Jet-Set- und Sportprominenz wie Isa von Hardenberg, Ute Ohoven, Ann-Kathrin Bauknecht, Beate Wedekind, Jenny Elvers-Elbertzhagen, Wolfgang Joop, Berti Vogts, Jens Lehmann und Claudia Pechstein, die sich öffentlich zur CDU bekannten, die Namen der Theater- beziehungsweise Filmregisseure Leander Haußmann und Volker Schlöndorff, des Aktionskünstlers HA Schult, der Germanistikprofessorin und Unternehmensberaterin Gertrud Höhler ebenso wie jene von Freya Klier und Monika Maron nur eine mehr oder weniger beachtete Nebenrolle. Nicht anders auf Seiten der SPD, wo unter anderen Iris Berben, Uwe Ochsenknecht, Renan Demirkan und Uwe Friedrichsen gemeinsam mit Roland Kaiser, Katja Ebstein und Sebastian Krumbiegel das intendierte Großaufgebot an intellektueller und schöpferischer Elite vervollständigten und sich unverkrampt neben Wim Wenders, Jürgen Flimm, Rosa von Praunheim, PEN-Präsident Johano Strasser, Tilman Spengler, Gert Heidenreich, Benjamin Lebert und anderen einreiheten. Die Parteinaahme des Ex-Boxweltmeisters Dariusz Michalczewski für die SPD veranlasste den Kommentator der *Frankfur-*

ter Allgemeinen Sonntagszeitung schließlich zu der Bemerkung, es sei offensichtlich unerheblich, „ob der Werbeträger seinen Schädel bevorzugt zum Denken benutzt oder auf ihn einprügeln lässt“.

Auch die kleineren Volksparteien setzten auf überraschende prominente Farbigkeit, bei der jedoch die überwiegend aus Sport- und Wirtschaftsprominenz bestehende Liste der FDP mit Michael Stich, Patrick Kühnen, Ludger Beerbaum, Ingrid Rexrodt oder auch Hans-Olaf Henkel deutlich andere Akzente setzte als die aus dem Showbusiness rekrutierte Riege, die sich gemeinsam mit Nina Hagen, Hella von Sinnen, Michael Mittermeier, Cordula Stratmann und André Eisermann zum Bündnis 90/Die Grünen bekannte.

Vergrößerte Kluft zwischen Geist und Macht?

Muss demzufolge die untergeordnete Medienpräsenz der Literaten als Indiz dafür gewertet werden, dass der Selbstan spruch der Schriftsteller als geistige Vorreiter den gesellschaftlichen Gegebenheiten kaum mehr entspricht? Scheint nicht vielmehr die Kluft zwischen Geist und Macht – trotz gegenteiliger Inszenierungsversuche in der vergangenen Legislaturperiode – größer denn je?

War es bis in die Mitte der siebziger Jahre hinein möglich, ein gewisses Zutrauen in die gesellschaftsverändernde Kraft der Literatur zu pflegen, was den Glauben an die Wort- und Wirkmächtigkeit des Schriftstellers einschloss, so ist seit den achtziger Jahren eine grundsätzliche Skepsis der Schriftsteller gegenüber den großen „Meta-Erzählungen“ (Lyotard) – und im Gegenzug seitens des Publikums gegenüber der Literatur – erkennbar. Eine Entwicklung, die auch durch die Umstrukturierung der Medienlandschaft wesentlich vorangetrieben worden sein dürfte. So hatte nicht zuletzt der zunehmende Siegeszug des Fernsehens unmittelbar zur Folge, dass Bekanntheits-

grad und Bedeutung zeitgenössischer Literaten in keiner Weise mehr dem Stellenwert entsprechen, den Heinrich Böll, Günter Grass, Rolf Hochhuth und andere in der Ära Brandt einnehmen konnten. Der alte Kämpfer Grass als politisch-moralischer *Praeceptor Germaniae* – gerade in den Augen der jüngeren Generation wohl in mehrfacher Hinsicht ein weitgehend überkommenes Auslaufmodell, wengleich er einer derjenigen war, die sich in ihren Statements am weitesten festlegten und konkret Position bezogen, während sich die meisten seiner Kollegen ebenso wie führende Politiker weitgehend in Detailfragen verloren: Während die Linke vehement den Kündigungsschutz verteidigte, äußerten sich Literaten des rechten Meinungsspektrums zur Pendlerpauschale. Richtungweisende Visionen, die als Alternative zur Politik der Einzelaspekte hätten verstanden werden können und in den siebziger Jahren seitens der literarischen Intelligenz entwickelt wurden, fehlten ebenso wie die Diskussion über die Orientierungslinien einer zukünftigen Politik. Immerhin hielt der Schlagzeuger der Berliner Philharmoniker und Dirigent Gernot Schultz in einem offenen Brief Günter Grass entgegen, dass dessen Behauptung, das Klima für Kultur habe sich in den letzten Jahren „ungeheuer verbessert“, angesichts der rapiden Kürzungen und Stellenstreichungen auf dem kulturellen Sektor in keiner Weise haltbar sei: „Deutschland ist – schon seit Jahren – dabei, einen seiner größten Schätze, nämlich seine gut strukturierte und lebendige Kulturlandschaft, zu zerstören.“

Selbst die Frage nach der Herkunft – ob Ost oder West – der beiden Kontrahenten spielte eine eher untergeordnete

Rolle, wurde sie doch verdrängt durch den Diskussionsstoff, den ein bundespolitisches Novum bot: die Kandidatur einer Frau für das Kanzleramt. So bemängelte Monika Maron in einem Artikel „Was man gegen Angela Merkel hat“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 26. August), dass die heftigen Verbalattacken und „Ausfälle gegen Angela Merkel“ seitens linker Intellektueller weniger der Partei als vielmehr der Person selbst gälten, wobei das intellektuelle Niveau häufig unterschritten werde. So würden typische Männerklischees gegenüber weiblichem Machtstreben übernommen und unreflektiert auf die Person übertragen.

Nicht zuletzt durch Gerhard Schröders Auftreten in den Fernsehduellen entstand der Eindruck, das zur Schau getragene Selbstbewusstsein werde aggressiv gegen die Rivalin eingesetzt. Insbesondere die ausfälligen Bemerkungen in der Wahlnacht und sein Auftreten vor laufenden Kameras wurden ferner als Zeichen eines Realitätsverlustes gedeutet. So äußerte Robert Walser in einem Interview, Schröder sei ein „exzellenter Kanzlerdarsteller, der keine Wirklichkeit mehr braucht“. (Robert Walser in der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 21. September). Offensichtlich führte die erstmalige Kandidatur einer Frau für dieses Amt bereits im Vorfeld zu Verschiebungen auch in der Tektonik des intellektuellen Diskurses: Die politische Feuilletondebatte wurde überwiegend durch Schriftstellerinnen bestimmt. So konnte Thea Dorn mit einer gewissen Befriedigung feststellen: „Ich bin neugierig, welche Verhältnisse in diesem Land noch in Bewegung geraten, wenn Angela Merkel im Herbst dann tatsächlich Kanzlerin ist.“